

# JAHRESBERICHT Mehr Demokratie 2004



## Liebe Mitglieder und Förderer, liebe Freunde und Interessenten,

manchmal steht ein einziger Tag stellvertretend für ein ganzes Jahr. In diesem Jahr war das der 13. Juni, der Tag der Europawahl. Gleich zwei wichtige Erfolge konnten wir an diesem Tag feiern:

Hamburg gab sich ein neues, ein faires Wahlrecht. Zwei Drittel der Bürger stimmten in einem Volksentscheid für den Entwurf von Mehr Demokratie.

In Strempt, einem kleinen Dorf in der Eifel, haben wir bewiesen: Was Briten und Franzosen können, das können wir auch. Gemeinsam mit den „mutigen Galliern“ aus der Eifel haben wir eine Volksabstimmung über die Europäische Verfassung organisiert. Das Signal hat auf ganz Deutschland ausgestrahlt.

Diese Erfolge machen Mut. Sie sind aber nur möglich, weil Menschen wie Sie uns unterstützen. Viele haben im vergangenen Jahr wieder für die direkte Demokratie gespendet.

Dafür bedanken wir uns herzlich!

2005 werden wir mit Aktionen, Pressearbeit und Politikergesprächen wieder initiativ für mehr direkte Demokratie. Und wir hoffen, Sie bleiben uns treu.

Herzlich grüßt Sie Ihre

*Claudine Nierth*  
Claudine Nierth  
Vorstandssprecherin



### Gipfeltreffen der Demokratiebewegung.

Am 18. Februar treffen sich die „Großen Drei“ Tony Blair, Jacques Chirac und Gerhard Schröder im Berliner Bundeskanzleramt, um über die Zukunft Europas zu beraten. Nicht weit entfernt findet zur gleichen Zeit unter freiem Himmel ein Gegengipfel der europäischen Demokratiebewegung statt. Mehr Demokratie aus Deutschland, Vote 2004 aus Großbritannien und Europe 2020 aus Frankreich werden gemeinsam für Volksabstimmungen über die erste europäische Verfassung.

### Verfassungsrechtler fordern Volksabstimmung.

34 namhafte deutsche Verfassungsrechtler sprechen sich in einem von Mehr Demokratie vorbereiteten Aufruf für eine Volksabstimmung über die Europäische Verfassung aus. Sie fordern Bundestag, Bundesrat und die Bundesregierung auf, die rechtlichen Voraussetzungen für ein Referendum zu schaffen.

„Bürgermacht vor Ort“. Vom 2. – 4. Juli findet auf Schloss Buchenau (Hessen) die Mehr Demokratie-Jahrestagung „Bürgermacht vor Ort – Demokratie in den Kommunen“ statt. Experten und Interessierte diskutieren über Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, kommunales Wahlrecht, bürgerschaftliches Engagement und andere Formen der Bürgerbeteiligung.



### European Referendum Campaign (I).

Ende März besucht der Mehr Demokratie-Bus England. London, Sheffield, Newcastle und Hull sind Stationen der Tour, ebenso Sedgfield, der Wahlkreis des britischen Premiers Tony Blair. In der Öffentlichkeit wird der Ruf nach einem Referendum zur EU-Verfassung immer lauter. Knapp zwei Wochen nach dem Ende unserer Tour gibt Blair dem Druck nach und kündigt eine Volksabstimmung an.



### Hamburg gibt sich ein faires Wahlrecht.

Rund 67 Prozent der Teilnehmenden stimmen am 13. Juni in einem Volksentscheid für den von Mehr Demokratie vorgelegten Vorschlag zur Reform des Wahlrechts. In Zukunft können die Bürger nicht nur die von den Parteien festgelegten Listen ankreuzen, sondern durch Kumulieren, Panaschieren und die Einführung von Wahlkreisen direkten Einfluss auf die Zusammensetzung der Bürgerschaft nehmen.





**Strempt ein „Gallisches Dorf in der Eifel“.** Als erste und bisher einzige Gemeinde in Deutschland stimmt das Eifel-dorf Strempt am 13. Juni über die Europäische Verfassung ab. Den Volksentscheid haben die Strempter gemeinsam mit Mehr Demokratie geplant und organisiert. Die „unbeugsamen Gallier“ nehmen sich das Recht, das Regierung und Parlament den Deutschen vorenthalten wollen.



**Ballonpost für den Bundestag.** Während in der deutschen Öffentlichkeit so intensiv wie nie über eine Volksabstimmung zur Europäischen Verfassung diskutiert wird, machen die Bundestagsabgeordneten Sommerferien. Mit 600 blauen und orangen Luftballons schickt mehr Demokratie den Parlamentariern am 19. August einen Gruß: „Ihnen einen schönen Urlaub – uns ein Referendum!“



**EU-Verfassung: Meine Stimme zählt.**

Mehr Demokratie bekommt Unterstützung. Seit dem 19. November setzen wir uns gemeinsam mit der Online-Plattform Campact für ein Referendum zur EU-Verfassung ein. Campact will Menschen mit wenig Zeit die Möglichkeit geben, sich durch Aktionen im Internet politisch zu betätigen.



**Die „unbeugsamen Gallier“ erobern den Bundestag.** Am 30. Juni besucht eine Delegation von 37 Stremptern den Bundestag und wird dort von allen Fraktionen empfangen. Der Vizepräsidentin des Bundestags, Antje Vollmer, übergeben sie die „Erklärung von Strempt“, in der ein Referendum zur EU-Verfassung für ganz Deutschland gefordert wird.



Ronald Pabst (Mehr Demokratie, Mitte) im Gespräch mit dem finnischen Ministerpräsidenten Matti Vanhanen (re.)

**European Referendum Campaign (II).** Angespornt vom Erfolg der England-Tour bricht der Mehr-Demokratie-Bus am 1. September zu einer Rundreise durch Skandinavien und das Baltikum auf. Bis zum 17. September wirbt das Demokratiemobil in Schweden, Finnland, Estland und Lettland für Referenden zur EU-Verfassung.

**Mitgliederurabstimmung.** 42 Prozent der Vereinsmitglieder beteiligen sich an den ersten beiden Urabstimmungen in der Geschichte von Mehr Demokratie. Fast 60 Prozent der Teilnehmenden stimmen dafür, dass der Verein sich in Zukunft für ein Verbot von Firmenspenden an Parteien einsetzt. Die Einführung der „Schweizer Demokratie“ bei Mehr Demokratie verfehlt knapp die notwendige Zweidrittelmehrheit.

**pro-information.de.** Bürger, die mit entscheiden wollen, benötigen Informationen – unabdingbare Voraussetzung in der direkten Demokratie. Deutschland gehört zu den letzten Industrienationen, in denen das „Amtsgeheimnis“ gilt: Informationen werden von öffentlichen Stellen grundsätzlich als geheim behandelt, Akteneinsicht wird nur ausnahmsweise gewährt. Um dies zu ändern, wirbt Mehr Demokratie gemeinsam mit anderen Verbänden für ein Informationsfreiheitsgesetz. Erster Erfolg: Im Dezember 2004 wurde ein Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht.



## Aus den Landesverbänden

### Baden-Württemberg

Im Februar gründet sich das Bündnis für mehr Demokratie in Baden-Württemberg, dem fast 20 Verbände angehören. In Gesprächen mit den Parteien wirbt es für eine Reform des Bürgerentscheids und legt einen eigenen Gesetzentwurf vor.

Im März verleiht der Landesverband die jährliche Demokratie-Gurke an den Oberbürgermeister und die Gemeinderatsmehrheit von Konstanz für den unfairsten Bürgerentscheid.

Mit fast 50.000 Postkarten mischt sich der Landesverband im Juni in den Kommunalwahlkampf ein und befragt Gemeinderatskandidaten zu deren Bereitschaft, mehr Bürgerentscheide zu ermöglichen.

### Bayern

In einem breiten Bündnis wirbt der Landesverband für ein bayerisches Informationsfreiheitsgesetz.

Pro Jahr beraten wir 60-70 Bürgerbegehren.

In einem neuen Schulprojekt erarbeiten wir mit Jugendlichen die Grundlagen der (direkten) Demokratie.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Zuschnitt der Bürgerbegehrenshürden noch anwendungsfreundlicher wird.

### Berlin und Brandenburg

Die Berliner Parteien mit Ausnahme der CDU einigen sich am 10. Dezember auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Einführung von Bürgerentscheiden in den Bezirken. Das Gesetzgebungsverfahren soll im Frühjahr 2005 starten.

In Potsdam engagieren wir uns in einem zivilgesellschaftlichen Bündnis für eine „Bürgerkommune“.

### Bremen und Niedersachsen

Wir legen einen Gesetzentwurf zur Reform des Bremer Wahlrechts vor, der auf mehreren öffentlichen Veranstaltungen diskutiert wird. Ende des Jahres setzt die Bürgerschaft einen Ausschuss ein, der auf der Basis unseres Entwurfs eine Reform vorbereiten soll.

Im Mai organisiert der Landesverband eine Tour durch 20 niedersächsische Städte. Wir sammeln dabei Unterschriften für eine Eingabe beim Landtag, in der wir eine Reform des Bürgerentscheids fordern.

Im September nehmen wir an einer Anhörung teil und stellen unsere Forderungen dem Innenausschuss des Landtags vor.

### Hamburg

Seit dem 8. Dezember sind Hamburgs Parlamentarier „Gläserne Abgeordnete“. Auf der Seite [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) können sich Bürger über die Arbeit und das Abstimmungsverhalten ihrer Volksvertreter informieren und mit diesen in Kontakt treten.

Unterstützt von einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Initiativen und Parteien starten wir am 10. Dezember die Volksinitiative „Rettet den Volksentscheid!“, um die von der CDU geplante Einschränkung der Volksgesetzgebung zu verhindern.

### Hessen

Seit April begleitet der Aktionskreis „Hessen neu verfasst“ die Vorarbeiten zur angestrebten Verfassungsreform und wirbt für einen Ausbau der direkten Demokratie.

Im Oktober nehmen Vertreter des Landesverbandes an einer Anhörung zur Novellierung der Gemeindeordnung teil und setzen uns für eine Reform der direkten Demokratie ein.

Ebenfalls im Oktober tourt der Mehr-Demokratie-Bus 13 Tage lang durch Hessen.

### Nordrhein-Westfalen

Auf Anregung von Mehr Demokratie vereinfacht der Landtag am 15. Juli die Volksinitiative. Neben der Amtseintragung ist nun auch die freie Sammlung der Unterschriften erlaubt, die Sammlungsfrist ist unbegrenzt.

Städte und Gemeinden sind seit Oktober 2004 zu fairen Bürgerentscheiden verpflichtet. Eine nach Kritik von Mehr Demokratie erlassene Verordnung des Innenministeriums schreibt Abstimmungsbenachrichtigung für alle Bürger und die Briefabstimmung vor.

### Schleswig-Holstein

Wir organisieren einmal im Monat Infostände und werben bei Bürgern und Abgeordneten für ein Referendum zur EU-Verfassung.

In der ersten Jahreshälfte beteiligt sich der Landesverband intensiv an den Vorbereitungen zum Wahlrechts-Volksentscheid in Hamburg.

### Thüringen

Auf Anregung des Bündnisses für Mehr Demokratie in Thüringen gibt der Landtag die Broschüre „Bürgerantrag. Volksbegehren – Volksentscheid. Wie funktioniert's?“ heraus. Das 25seitige Heft informiert über die „Spielregeln“ der direkten Demokratie im Freistaat und wird kostenlos an interessierte Bürger abgegeben.

Das Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ konzentriert sich derzeit auf eine Reform der direkten Demokratie auf Gemeindeebene.







## Bitte vormerken: Termine 2005

16. April 2005 in Kassel

### Bundesmitgliederversammlung

Information und Anmeldung:

Büro München, Tel. 089 - 82 11 774  
beratung@mehr-demokratie.de

10.-12. Juni 2005 in Eisenach

### Jahrestagung: „Weltdemokratie“

Information und Anmeldung:

Büro München, Tel. 089 - 82 11 774  
beratung@mehr-demokratie.de

30. September 2005 in München

### Jubiläum: 10 Jahre

### Bürgerentscheid in Bayern

Lazarettstr. 33, 80636 München  
10 bis ca. 16 Uhr

Hauptreferat: Dr. Günther Beckstein

Veranstalter: Mehr Demokratie e.V. und  
Hanns-Seidel-Stiftung

## Stimmen für ein Referendum

Politiker aller Parteien sprechen sich für eine Volksabstimmung zur Europäischen Verfassung aus. Die „Stimmen für ein Referendum“ veröffentlicht Mehr Demokratie in der gleichnamigen Broschüre:

### Wolfgang Thierse (SPD)

„Ideal wäre ein europaweites Referendum ein konstitutiver Akt über einen gemeinsamen Verfassungsvertrag in allen EU-Ländern.“

*Stuttgarter Nachrichten, 20. Juli 2004*

### Dieter Althaus (CDU)

„Ich bin dafür, die Bürger in allen 25 EU-Staaten über die europäische Verfassung abstimmen zu lassen.“

*Yahoo Nachrichten, 31. Juli 2004*

### Michael Glos (CSU)

„Wir wollen die Abstimmung über die EU-Verfassung zum Testlauf für direkte Demokratie machen.“

*Rheinische Post, 1. September 2004*

### Krista Sager (Bündnis 90/Die Grünen)

„Wir möchten die Bürger dafür begeistern, dass überall in der EU am möglichst gleichen Tag die Menschen über den gleichen Text abstimmen.“

*www.gruene-partei.de, 27. Juli 2004*

### Silvana Koch-Mehrin (FDP)

„Wir halten die Deutschen für demokratisch genug, über die Verfassung abzustimmen.“

*Portal Liberal, 25. August 2004*

### Petra Pau (PDS)

„Es ist Zeit für einen demokratischen Quanten-Sprung.“

*www.petra-pau.de, 9. Mai 2004*

## Mehr Demokratie in Zahlen

**4.109** Mitglieder und Förderer tragen den Verein.

Zusätzlich haben uns etwa **3.200** Menschen in diesem Jahr mit Spenden unterstützt.

Der Bundesverband hat im Jahr 2004 etwa **334.000** Euro umgesetzt, die Landesverbände in etwa noch einmal den selben Betrag. Das Geld kommt aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen und von Stiftungen. Staatliche Gelder bekommen wir nicht.

**18** freie Mitarbeiter organisieren die Aktionen und Kampagnen in unseren Büros in Achim, Berlin, Hamburg, Köln, München und Stuttgart. Sie werden unterstützt von vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern und Praktikanten.



2004